



Dorothee Schiwy
Sozialreferentin

Landeshauptstadt München
Direktorium, BA-Geschäftsstelle Mitte
Vorsitzende/r des BA 2
Herr Blaser
Tal 13
80331 München

Datum 08.04.2022

Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine, die mit Haustieren in München ankommen.

BA-Antrags-Nr. 20-26 / B 03732 des Bezirksausschusses
des Stadtbezirkes 02 – Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt vom 15.03.2022

Sehr geehrter Herr Blaser,

bei dem o. g. Antrag handelt es sich um eine laufende Angelegenheit der Verwaltung, weswegen die Erledigung auf dem Büroweg erfolgt.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine ist die größte humanitäre Katastrophe, die Europa seit dem zweiten Weltkrieg bewältigen muss. Der Krieg treibt Millionen Menschen in die Flucht, Tausende suchen in der Landeshauptstadt München (LHM) Schutz. Die LHM versteht es als humanitäre Pflicht, diesen Menschen nach Kräften zu helfen. Dennoch ist es sehr herausfordernd, in kürzester Zeit die Versorgung so vieler unverschuldet in Not geratener Menschen sicher zu stellen. Die LHM arbeitet unter Hochdruck daran, Akutunterkünfte, Zwischenlösungen und auch längere Unterbringungsmöglichkeiten bereitzustellen.

Die Zuständigkeit und Verantwortung für die Unterbringung Geflüchteter in Bayern liegt eigentlich beim Freistaat Bayern. Die staatlichen Unterbringungsmöglichkeiten reichen jedoch laut Regierung von Oberbayern zum jetzigen Zeitpunkt nicht aus, diese kann nur maximal 200 Personen pro Tag unterbringen, und somit muss die Landeshauptstadt München seit dem 04.03.2022 völlig unerwartet hier für die Regierung von Oberbayern im Rahmen der gesetzlichen Unterstützungspflicht einspringen und die Geflüchteten in kommunalen

Unterkünften unterbringen, die schnellst möglich als Notunterkünfte errichtet wurden. Auch übernimmt die Landeshauptstadt München mangels anderer Strukturen inzwischen auch die Verteilung der Geflüchteten bayernweit in Rücksprache mit der Regierung von Oberbayern, obwohl auch das primär aus meiner Sicht die Aufgabe des Freistaates wäre.

Insgesamt hat die LHM in Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen und Freiwilligen ca. 9.000 Bettplätze in Notunterkünften und Hotels organisiert (Stand 25.03.2022) und die ankommenden Menschen dort zumindest vorübergehend untergebracht.

Viele ukrainische Kriegsgeflüchtete bringen ihre Haustiere mit. Das ist eine neue Situation, auf die sich alle helfenden Organisationen einstellen mussten.

Um eine Trennung der geflüchteten Menschen von ihren Tieren zu vermeiden, hat das Bayerische Innenministerium das grundsätzliche Betretungsverbot für Haustiere in Flüchtlingsunterkünften ausgesetzt. In Absprache mit den Veterinärämtern werden die Tiere untersucht, gekennzeichnet und gegen Tollwut geimpft. Die Kosten hierfür werden durch das Bayerische Umweltministerium übernommen. Die Bayerische Landestierärztekammer hat ihre Mitglieder angeregt, die Tiere kostenlos zu behandeln. Jedes ukrainische Tier soll außerdem einen EU-Heimtierausweis bekommen.

Auch in den Notunterkünften der LHM werden die grundsätzlichen Regelungen in dieser akuten Krise sehr großzügig ausgelegt und Haustiere aus der Ukraine, soweit als möglich, zugelassen. Die Unterbringung von Haustieren stellt die Flüchtlingsunterkünfte jedoch vor sehr große Herausforderungen, da die Unterkünfte nicht auf Haltung von Tieren ausgelegt sind und hier sehr viele Menschen auf engstem Raum zusammenleben müssen.

Daher wird versucht, Geflüchtete mit Haustieren in private Unterkünfte zu vermitteln, die bereit sind, auch Haustiere aufzunehmen. Zahlreiche Münchner Vereine unterstützen bei der Suche nach privaten Unterkünften in München und versuchen dabei auch Plätze für Geflüchtete zu akquirieren, bei denen es möglich ist ein Haustier mitzubringen. Derzeit koordiniert vor allem der Verein „Münchner Freiwillige – Wir helfen e. V.“ (www.muenchner-freiwillige.de) die Hilfs- und Unterkunftsangebote Münchner Bürger*innen. Der Verein fragt hierbei auf seiner Webseite gezielt ab, ob das Mitbringen von Haustieren bei dem jeweiligen privaten Wohnungsangebot möglich ist. So gewonnene Unterbringungsplätze können dann gezielt vermittelt werden. Insgesamt konnten mit Stand vom 25.03. rund 6.000 Schutzsuchende in privaten Unterkünften Münchner Bürger*innen untergebracht werden, sehr viele davon mit ihren Haustieren.

Derzeit versucht die LHM unter Hochdruck vor allem Objekte und Flächen für mittel- bis langfristige Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete aus der Ukraine aufzubauen. Hierzu hat das Sozialreferat die Task Force „Ukraine“ eingerichtet. In der Task Force unter der Leitung von Bürgermeisterin Verena Dietl sind mit Sozialreferat, Baureferat, Kommunalreferat, Lokalbaukommission, dem Referat für Bildung und Sport, der Branddirektion, dem Gesundheitsreferat, der Stadtkämmerei wie auch der Regierung von Oberbayern alle relevanten städtischen und nicht-städtischen Akteur*innen für die Planung von Unterkünften vertreten. Die Task Force „Ukraine“ prüft alle eingehenden Angebote und Hinweise auf geeignete Objekte und Flächen. Alle möglichen Optionen werden fachlich bewertet, mit der

Regierung von Oberbayern abgestimmt, die Verfügbarkeit und Realisierungsmöglichkeiten der konkreten Standorte geprüft und dann die Planung und konkrete Bereitstellung der Unterkünfte koordiniert und dem Stab für Außergewöhnliche Ereignisse (SAE) zur Entscheidung vorgelegt.

Die LHM sucht vor allem größere Flächen und Objekte, die schnell und mit wenig Vorlauf und Umplanungen für die Unterbringung einer größeren Zahl von Menschen bereitgestellt werden können. Hierbei versucht die LHM, im Rahmen des sehr angespannten Münchner Immobilienmarkts, soweit als möglich den Bedürfnissen aller zu uns geflüchteten Ukrainer*innen gerecht zu werden, wozu u. a. Mütter mit Kindern und Kleinkindern, ältere, kranke, traumatisierte und gebrechliche Menschen gehören.

Die Bemühungen der LHM richten sich soweit als möglich auch darauf, dass geflüchtete Menschen und ihre Haustiere nicht voneinander getrennt und die Tiere möglichst nicht im Tierheim untergebracht werden müssen. Die Planung einer Unterkunft, die speziell auf die Bedürfnisse von Menschen mit Haustieren ausgerichtet ist, kann jedoch unter den dargestellten Bedingungen nicht erfolgen.

Der Antrag 20-26 / B 03732 des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 02 – Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt vom 15.03.2022 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dorothee Schiwy
Berufsm. Stadträtin